

## **Volksbegehren in Hamburg: Gendersprache steht zur Abstimmung an**

Die Hamburger Initiative gegen Gendersprache startet erneut eine Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid bis 28. Juli 2024.

Die Diskussion um die Gendersprache in der Verwaltung und Bildung sorgt für Aufregung in Hamburg. Die Initiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ hat erneut eine Unterschriftensammlung gestartet, um ein Volksentscheid zu erreichen. Damit setzen die Initiatoren ein Zeichen gegen die Verwendung von Gendersternchen und Doppelpunkten in der offiziellen Kommunikation.

### **Der neue Anlauf zur Unterschriftensammlung**

Ab dem 8. August 2024 haben die Unterstützer der Initiative drei Wochen Zeit, um die benötigten fast 66.000 Unterschriften zu sammeln. Diese Initiative folgt einem gescheiterten Eilantrag vor dem Hamburger Verfassungsgericht, der eine Verschiebung der Unterschriftensammlung zum Ziel hatte. Sie richtet sich gegen die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache in offiziellen Dokumenten und fordert die Rückkehr zu den „amtlichen Regelwerken“ der deutschen Rechtschreibung.

### **Ein Volksentscheid in Sicht?**

Die Unterschriftensammlung könnte einen bedeutenden Wendepunkt in der Hamburger Politik markieren. Sollten die Initiatoren die geforderten Unterschriften bis zum 28. Juli 2024

sammeln, könnte das Volksbegehren parallel zur Bundestagswahl im September 2025 stattfinden. Laut des Gesetzestextes, den die Initiative vorgelegt hat, sollen alle städtischen Einrichtungen keine gendergerechten Formulierungen mehr verwenden.

## **Die Strategie der Initiative im Sommer**

Um ein breites Publikum zu erreichen, plant die Initiative, Unterschriften an stark frequentierten Orten wie Bahnhöfen und dem Flughafen zu sammeln. „Wir wollen die Menschen dort antreffen, wo sie sind, insbesondere während der Reisezeit“, betont Jens Jeep, ein Vertreter der Initiative. Dieses Vorgehen zeigt, dass die Initiative auch in der Ferienzeit aktiv um Unterstützung wirbt.

## **Eine Umfrage nach der Unterstützung**

Die Umstellung auf geschlechterneutrale Sprache hat in der jüngeren Vergangenheit viele Debatten ausgelöst. In vielen öffentlichen Einrichtungen wurde die inklusive Sprache bereits eingeführt, was jedoch auf Widerstand stößt. Die Stimmen der Geschlechtsneutralität fassen eine wachsende gesellschaftliche Debatte auf, deren Auswirkungen möglicherweise weit über Hamburg hinaus spürbar sind.

Die aktuelle Unterschriftensammlung ist somit Teil eines größeren Trends, in dem Gemeinden in Deutschland über geschlechtergerechte Sprache diskutieren. Das Ergebnis dieser Befragungsaktion könnte nicht nur die Hamburger Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die politische Landschaft auf bundesweiter Ebene beeinflussen.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**